

Liebe Meerbuscherinnen und Meerbuscher,

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Meerbusch wirken nun 25 Jahre aktiv in der Meerbuscher Kommunalpolitik mit. Wir stehen für eine ökologische, soziale und nachhaltige Entwicklung der Stadt. Wir wollen mehr Integration und Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger, besonders für Jugendliche, Familien, Migrantinnen und Migranten, alte Menschen und Menschen mit Behinderung. Wir unterstützen die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und wollen eine von den großen Energieversorgungsunternehmen unabhängige Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien.

Nachhaltige Entwicklung meint auch eine Politik, die nicht heute die Ressourcen künftiger Generationen verbraucht. Dies betrifft auch den städtischen Haushalt. Einer kostspieligen Politik für Prestigeobjekte erteilen wir eine Absage.

Wir möchten Ihnen in Kürze aufzeigen, dass es sich lohnt DIE GRÜNEN zu wählen, denn obwohl wir Oppositionspartei sind, haben wir (z.T. gemeinsam mit Bürgerinitiativen oder anderen Fraktionen) eine Menge erreicht.

Fünf Jahre Grün – Fazit der letzten Ratsperiode

1. Meerbusch hat ein kreisweit anerkanntes Klimakonzept, in dem u.a. bauliche Vorgaben, Energiestandards für städtische Gebäude (z.B. Passivhausbauweise), die Umrüstung des städtischen Fuhrparks auf Gas und Rußpartikelfilter für Dieselfahrzeuge, die Anschaffung energieeffizienter Geräte in der Verwaltung und Energieeinsparmaßnahmen verbindlich beschlossen wurden.

2. Anschaffungen in der Stadt Meerbusch werden nun grundsätzlich nach den Regeln des fairen Handels, nach UN-Konvention (z.B. jedweder Ausschluss von Produkten aus Kinderarbeit) vorgenommen.

3. DIE GRÜNEN haben die Bürgerinitiative PRO Baum intensiv unterstützt und mit ihr erreicht, dass der Baumbestand in Buderich (B9) nahezu vollständig erhalten bleibt.

4. DIE GRÜNEN haben durch politische Intervention mit dafür gesorgt, dass ein Ende der Ära Nowack (Dezernent bis Feb. 2007) eingeleitet wurde und da-

mit viele Themen nun offener und offensiver bearbeitet werden können.

5. Die nun beschlossene Einrichtung des zieldifferenzierten, integrativen Unterrichts für behinderte Kinder basiert auf einem Antrag, den DIE GRÜNEN im Januar 2005 eingebracht haben und dem in geheimer Abstimmung zugestimmt wurde.

6. DIE GRÜNEN fordern regelmäßig, einkommensschwache Gruppen bei Kindergartenbeiträgen zu entlasten. Mit einem Beschluss für eine Befreiung bis zu einem Jahreseinkommen von 25.000 EUR in diesem Jahr ist ein guter Einstieg gelungen.

7. Wir haben konsequent den Ausbau des Angebotes von Kindertageseinrichtungen gefordert. Meerbusch ist inzwischen auf einem guten Weg.

8. Wir haben den Einstieg in ein Konzept zur politischen Willensbildung von Jugendlichen erreicht.

9. Nach 6 Jahren hat die CDU eine Familienförderung beim Erwerb von Wohneigentum mit einem Bonus für Kinder auf den Kaufpreis beschlossen. Dies haben DIE GRÜNEN schon 2001 beantragt.

10. Mittlerweile findet das Thema Familienförderung und demographischer Wandel deutlich mehr Beachtung.

11. Es ist mit den Grünen zu verdanken, dass ökologische und denkmalpflegerische Grundsätze bei den Planungen Haus Meer Berücksichtigung finden und die ursprünglichen Entwürfe mit einer hohen Bau-dichte abgewendet werden konnten.

12. Die Gestaltung von Baugebieten lässt in Zukunft deutlich mehr individuellen Spielraum und soll weitestgehend ausschließen, dass die Farbe jedes Klinkersteins vorgegeben wird.

13. Die Flughafenbrücke wird nicht umbenannt in „Joachim-Erwin-Brücke“. DIE GRÜNEN haben hierzu mehrfach Anträge gestellt und sich deutlich öffentlich geäußert.

14. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass für die Jugendinitiative Meerbusch (JIM) eine Sozialarbeiterstelle eingerichtet wurde.

15. DIE GRÜNEN haben energisch die Pläne der CDU kritisiert, zum Erhalt des alten und maroden Langster Schulgebäudes zusätzliche sechsstell-

ge Beträge zu vergeuden. Nun ist ein Neubau für die Feuerwehr und die Langster BürgerInnen beschlossen.

DIE GRÜNEN pflegen einen regen Kontakt zu verschiedenen Initiativen, unterstützen diese oder sind an diesen beteiligt, wie Pro Baum, Initiativen Haus Meer, Bürgerstiftung, Bürgervereine, Anliegergemeinschaften u.a.

Wir haben unabhängig von Wahlkampfzeiten an Ständen öffentlich geworben oder Veranstaltungen organisiert zu den Themen: Klimaschutz, Kohlekraftwerke, „gegen Rechts“, Rettung der Bäume in Buderich, Ökostromwechsel, der Islam in Deutschland, Sterbehilfe und das neue Kinderbildungsgesetz, sowie diverse Radtouren und Exkursionen organisiert, z.B. zum etwas anderen Wohngebiet Willich-Wekeln oder zum Bioenergiedorf Jühnde.

Wir kommen also nicht nur zum Wahlkampf vor die Tür!

Die folgenden kommunalpolitischen Grundsätze von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Meerbusch sollen für uns ein Leitfaden politischen Handelns sein. Sie bilden die Grundlage, auf der wir an verschiedene politische Aufgabenstellungen herangehen wollen.

Wir bitten Sie um Unterstützung, damit ökologische, soziale und kulturelle Grundsätze verstärkt in die Politik der Stadt Meerbusch einfließen. Wir setzen auf Nachhaltigkeit und lehnen die Selbstbedienungsmentalität in der Kommunalpolitik ab. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen, den Meerbuscher Bürgerinnen und Bürgern, Politik machen und Initiativen an diesen politischen Prozessen und Entscheidungen beteiligen. Bereits in der Vergangenheit haben Bündnis 90/DIE GRÜNEN bewiesen, dass wir den Dialog mit der Bevölkerung ernst nehmen. Wir drücken uns nicht vor kontroversen Themen. Dabei stehen Bündnis 90/DIE GRÜNEN für Transparenz, einen konstruktiven Dialog mit der Bevölkerung und für verstärkte Beteiligungsrechte. Belange des Gemeinwohls müssen jedoch berücksichtigt und mit Einzelinteressen abgewogen werden. Dies setzt einen offenen, kritischen und objektiven Austausch voraus. Stärken Sie deshalb mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Partei, die Ihre Mitwirkungsrechte in Meerbusch stärkt!

Jürgen Peters,
Parteivorsitzender
Meerbusch, Juni 2009

Sechs Grundsätze für eine bündnisgrüne Kommunalpolitik in Meerbusch

1. ÖKOLOGISCHE STADTENTWICKLUNG

Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene sichern - Qualität statt Masse

Die Stadt Meerbusch verplant munter weitere Flächen. Sie setzt auf die Kräfte des Marktes und beschränkt sich dabei auf die Planung von Ein- und Zweifamilienhäusern. Abgesehen davon, dass dies für viele Menschen nicht bezahlbar ist, ist der damit verbundene Flächenverbrauch aus Sicht der GRÜNEN nicht akzeptabel. Je mehr Fläche wir verbrauchen, desto höher sind auch die Infrastrukturkosten, die durch die Nutzer und die SteuerzahlerInnen aufzubringen sind. Die Bundes- und die Landesregierung versuchen inzwischen, diese Entwicklung zu bremsen, aber in Meerbusch ringt die Verwaltung um jedes Baugrundstück.

In 2007 wurden in Meerbusch 157 Ein- und Zweifamilienhäuser genehmigt, aber nur vier Mehrfamilienhäuser. Das halten wir für falsch, aus sozialen und ökologischen Gründen. Einer städtebaulichen Entwicklung, die einen rapiden weiteren Flächenverbrauch forciert, fallen Grünbereiche und landwirtschaftliche Flächen zum Opfer. Wir verscherbeln Grund und Boden und damit unumkehrbar Ressourcen mit dem Ziel, die aktuelle städtische Finanzsituation zu verbessern. Das ist nach Auffassung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu kurzfristig und steht einer nachhaltigen Entwicklung entgegen. Boden ist ein nicht vermehrbares Gut, mit dem zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sparsam umgegangen werden muss.

Flächenverbrauch

- Wir wollen den Flächenverbrauch reduzieren und Konzepte für günstigeres, verdichtetes und ökologisches Bauen vorantreiben.
- Flächenmanagement statt Angebotskonkurrenz, das heißt, die Entwicklung neuer Gewerbeflächen soll in der Region mit anderen Kommunen stärker abgestimmt werden. Hierbei sollte die Ansiedlung von verträglichem produzierendem Gewerbe gefördert werden.

- In den (größeren) Stadtteilen mit erheblichem städtebaulichem Nachholbedarf, z.B. Strümp, aber auch Büderich, soll eine angemessene Kernentwicklung erarbeitet werden.
- Großflächiger Einzelhandel sollte sehr kritisch geprüft werden. Dem Erhalt und der Vielfalt des Einzelhandels soll der Vorzug gegeben werden. Ziel ist die Entwicklung der Kernbereiche. Einzelhandel „auf der grünen Wiese“ lehnen wir ab.

Ökologie

- Der Anteil der Waldfläche, der erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegt, soll erhöht werden; dabei sollten diese Bereiche weitestgehend vernetzt werden. Wir befürworten z.B. weitere Bürgerwäldchen, die in der Bevölkerung große Akzeptanz finden und eine ökologische Bereicherung darstellen.
- Natur- und Umwelterziehung in Schulen und Kindertagesstätten soll durch die Stadt gefördert und unterstützt werden, z.B. durch grüne Klassenzimmer.
- Wir wollen den Schutz von vorhandenen Bäumen in der Stadt regeln z.B. durch eine Baumschutzsatzung und ein gesamtstädtisches Grünkonzept unter gestalterischen und ökologischen Gesichtspunkten.
- Dem Gewässerschutz und den Feuchtgebieten sollen ein höherer Stellenwert beigemessen werden. Wir wollen eine naturnahe Gestaltung und die stärkere Entwicklung vielfältiger Biotope.
- Der Erwerb von Flächen für den städtischen Ökopoool sollte nicht vom Zufall oder dem gerade vorliegenden Angebot abhängen, sondern mit dem Ziel einer ökologischen Vernetzung durch Grünstreifen, Feldraine, Hecken, renaturierte Bäche, Alleen etc. erfolgen.
- Gentechnik in der Landwirtschaft lehnen wir strikt ab. Wo dies möglich ist, wollen GRÜNE diese verhindern.

Energie

- Die städtischen Gebäude sollen umfassend auf nachhaltige Energie umgestellt und
- die Bemühungen der Stadt zum Klimaschutz verstärkt werden.

- Wir befürworten eine eigene Energieerzeugung – z.B. durch Beteiligungen an einem Grünabfallkraftwerk im Rhein-Kreis, Biogasanlagen, Erdwärmennutzung und eigene Solaranlagen.
- Das Stromnetz vom RWE soll übernommen werden.
- Wir wollen zukünftig keine Verträge mehr mit Monopol-Stromanbietern wie dem RWE.
- Ein/e Energie- und SanierungsberaterIn soll Gewerbe und private Haushalte bei Maßnahmen unterstützen.
- Die energetische Sanierung städtischer Gebäude soll konsequent fortgeführt und private HausbesitzerInnen in diesem Bemühen gefördert werden.
- In Neubaugebieten sollen energetische Ausbaustandards gefördert und stärker gesteuert werden.

Verkehr

Verkehrsregulierung beginnt bei der Raum- und Stadtplanung! Die weitgehende Trennung der Bereiche Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Erholen hat Verkehrsaufkommen zur Folge, die teilweise durch wohlüberlegte Stadt- und Raumplanung vermieden werden könnten, indem z.B.:

- bei Ausweisungen von Wohngebieten und Gewerbeansiedlungen für ausreichenden ÖPNV-Anschluss gesorgt wird.
- verstärkt Mischstrukturen (Wohnen, Arbeiten, Einkaufen) zu entwickeln sind.

Sicherheit im Straßenverkehr

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern die verstärkte Rücksichtnahme auf ältere Menschen und Kinder im Straßenverkehr. Den besonderen Anforderungen soll die Verkehrsgestaltung durch entsprechende Angebote Rechnung tragen: sicherere Verkehrswege, längere Ampelphasen für Fußgänger, akustische Signale, mehr Service beim ÖPNV, Temporeduzierung an Gefahrenstellen, z.B. Schulwegen, Eindämmung des Parkens und Fahrens von PKW in den Fußgängerbereichen sowie auf den Geh- und Radwegen.
- Wir sprechen uns zudem für weitere verkehrsberuhigte Zonen aus mit dem Ziel, Lärm, Schadstoffe und Unfallzahlen zu reduzieren.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen einen intelligenten ÖPNV. Es muss zu allen Zeiten ein bedarfsorientiertes und preiswertes Angebot geben (z.B. Bürgerbus, Zubringertaxi, Kombiangebote, Park & Ride). Vorrangig ist der Bürgerbus für Meerbusch, evtl. auch für externe Ziele, z.B. Messe.
- Weitere Schienenverbindungen sollen realisiert werden, z.B. Nordlinie U 81 von Handweiser zur Messe (mit Tunnel).
- Die Taktanbindungen und Taktdichte von Bussen, Stadtbahn und Deutsche Bahn müssen optimiert werden.

Freie Fahrt fürs Fahrrad

- Fahrradfahren ist eine ökologische, soziale und gesunde Art der Fortbewegung. Das Fahrrad dient der Mobilität, dem Transport, dem Freizeitvergnügen und dem Sport. Für kurze Wege kann es einen Teil des motorisierten Individualverkehrs ersetzen.
- Deshalb wollen wir den Radverkehr durch sicherere und möglichst separat angelegte Fahrradwege fördern und Gefahrenbereiche für den Radverkehr beseitigen.
- Die Kombinationsmöglichkeit des Fahrrads und öffentlicher Verkehrsmittel soll durch mehr überdachte, auch abschließbare Abstellanlagen an Haltestellen und Bahnhöfen verbessert werden (Park & Bike).

Standards und Neubau im Straßennetz

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind für eine Reduzierung von Straßenbauprojekten. Maßnahmen der Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Wohnumfeldverbesserung sollen Vorrang vor Neubau haben.
- Ausbaustandards von Straßenbaumaßnahmen sind zu überprüfen. Straßen und Parkplätze werden nach Auffassung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu breit, zu aufwendig und damit zu kostspielig gebaut. Dies geht oft zu Lasten der Anlieger.
- Die Beiträge für Anlieger bei Straßensanierungsmaßnahmen sind nach Auffassung der Grünen deutlich zu reduzieren.

- Maßnahmen zur Beruhigung des innerörtlichen Verkehrs bis hin zur Einrichtung von Fußgängerzonen sollen forciert werden.

Belastungen durch Flugverkehr

Der Fluglärm und die erhebliche Luftverschmutzung durch die startenden und landenden Flugzeuge über unserer Stadt sind für viele Meerbuscherinnen und Meerbuscher zu einer unerträglichen Belastung geworden. Die sich hieraus ergebenden Konflikte zwischen einzelnen Ortsteilen lassen sich durch eine Flugroutendiskussion nicht lösen. Langfristig muss der Flughafen raus aus unserer dicht besiedelten Region. Es muss mehr Verkehr auf die Schiene als in die Luft. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind gegen alle Erweiterungspläne für den Düsseldorfer Flughafen. Wir erwarten hier klare Begrenzungen durch die Landesregierung im Rahmen eines neuen Luftverkehrskonzeptes NRW auf der Basis des „Angerlandvergleiches“. Wir befürworten, weiterhin konsequent alle Klagemöglichkeiten gegen die Kapazitätserweiterungen des Düsseldorfer Flughafens auszuschöpfen. Technischer Fortschritt bei der Entwicklung lärmärmerer Flugzeuge muss der Entlastung der in den Einflugschneisen wohnenden Bevölkerung dienen und nicht der weiteren Auslastung durch zusätzliche Flugbewegungen.

2. SOZIALES MEERBUSCH

Auch die „Stadt der Reichen“ bleibt nicht verschont von den Themen privater Schuldenbelastungen, Armutsentwicklung, Jugendarbeitslosigkeit. Es müssen deshalb Angebote geschaffen werden, die dieser Entwicklung entgegenwirken.

Unterstützung von einkommensschwachen Gruppen

Menschen mit geringem und ohne Einkommen sind von kostenpflichtigen Angeboten ausgeschlossen. Das betrifft besonders Kinder aus einkommensschwachen Familien. Deshalb wollen wir kostenfreie Angebote für solche Kinder gerade in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport. Die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen, die Kosten für das Mittagessen in Kindertageseinrichtungen und Schulen

sind weiter nach sozialen Kriterien zu reduzieren bzw. Befreiungsgrenzen zu erhöhen. In der kommenden Ratsperiode wollen wir Elternbeiträge ganz abschaffen, erwarten hierfür aber eine finanzielle Unterstützung des Landes.

Unterstützung für Familien

Viele Eltern sind heute mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert. Dies bringt für die Kinder oft schwere Nachteile. Das beginnt bei Schwierigkeiten im Bildungserwerb und reicht bis hin zur Kindesvernachlässigung. Wir fordern die Weiterentwicklung des Systems früher Hilfen für Eltern, die Unterstützung benötigen. Dabei sind aufsuchende und präventive Hilfen, wie sie Besuchsdienste, Familienhebammen, der städtische Sozialdienst und auch die Erziehungsberatung leisten können, besonders wichtig. Ziel muss die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern sein, die solche Hilfen brauchen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern weitere Verbesserungen des Betreuungsangebots in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Die Bemühungen, in Meerbusch auch Betriebskindergärten, eine Optimierung des U 3- Angebots und eine bedarfsgerechte Offene Ganztagschule zu erreichen, müssen verstärkt werden. Familienplanung und Berufsplanung dürfen keine Gegensätze sein.

Arbeitsmarkt

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist wesentlicher Bestandteil einer gelingenden Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dies beginnt bei der Ansiedlung von Unternehmen mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen (z.B. regenerative Energieerzeugung und Firmen-Kompetenzzentren) und reicht bis zu Beratungsangeboten für Arbeitslose und Programmen für Schulabbrecher.

Sozialticket

Wir befürworten die Einführung eines Sozialtickets für einkommensschwache Gruppen. Die Angebote, wie z.B. Vergünstigungen im Schwimmbad, der VHS oder der Musikschule, müssen transparent dargestellt, beworben und auf den Sport ausgeweitet werden.

Migrantinnen und Migranten

Die in Meerbusch lebenden BürgerInnen nichtdeutscher Herkunft müssen verbesserte Möglichkeiten erhalten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und ihre Potenziale einzubringen. Insbesondere müssen unsere Bildungseinrichtungen gewährleisten, dass Kinder aus sozial benachteiligten Schichten nicht verstärkt in Förderschulen auftauchen. Hier von sind Migrantenkinder besonders häufig betroffen. Gegenüber Eltern von Migrantenkindern muss intensiv für einen möglichst frühen Kindergartenbesuch geworben werden. Das hilft beim Lernen der deutschen Sprache und verbessert die Bildungschancen – aller Kinder! Notwendig ist auch eine interkulturelle Öffnung der örtlichen Beratungsangebote. Z.B. könnten hier mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eingesetzt werden. Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus muss die Stadt entschieden entgegentreten. Wir wollen eine Willkommenskultur und ein interkulturelles Miteinander. Meerbusch braucht einen Integrationsrat (ehemalig Ausländerbeirat), damit die Interessen und Bedürfnisse der MeerbuscherInnen mit Migrationshintergrund stärker in der Kommunalpolitik berücksichtigt werden. Dieser soll ausreichend finanziell ausgestattet und in seiner Arbeit aktiv und kreativ gefördert werden.

Demographischer Wandel

Die Altersentwicklung führt in Meerbusch zu Veränderungen, die sich auf alle Politikbereiche auswirken wird. Wir wollen deshalb eine Checkliste für jede städtische Maßnahme. Die Stadtplanung muss sich dieser demographischen Entwicklung stellen und der demographische Wandel muss eine gesamtstädtische Querschnittsaufgabe werden. Mehrgenerationenwohnen, Schaffung alten- und behindertengerechter Wohnformen, Verkehrs- und Infrastruktur, Versorgung, Kultur und Bildung müssen verstärkt vor diesem Hintergrund Berücksichtigung finden. Initiativen, die z.B. gemeinsame Wohnprojekte im Alter planen, sollen aktive fachliche Unterstützung erhalten. Alternativen zur späteren Versorgung in Altenheimen entsprechen dem Bürgerwillen und sparen Geld, den Menschen und der Stadt.

Wir wollen einen Seniorenbeirat, der effektiv arbeiten und sich in alle Politikbereiche einmischen kann. Er muss aus der Gesamtheit der Bevölkerung erwachsen und mehr Gehör in der Politik finden.

Wir brauchen eine Angebotsoptimierung für Familien und ältere Menschen, stärkere verkehrliche Orientierung an älteren und jungen Zielgruppen, z.B. durch Verbesserung der Radwegesituation, des öffentlichen Personennahverkehrs, Bürgerbus.

Günstiger Wohnraum

Der Rat hat die Bereitstellung von preisgünstigem Bauland für junge Familien mit Kindern beschlossen. Das ist gut, aber nicht ausreichend. Die Stadt muss sich ihrer Verantwortung stellen, für günstigen Wohnraum zu sorgen. Viele Sozialwohnungen fallen aus der Mietbindung. Ersatz gibt es keinen. Die Stadt setzt nur auf Familien, die sich Hauseigentum leisten können, nicht jedoch auf Menschen mit geringerem Einkommen. Die Erfahrung zeigt, dass Familien mit Kindern vorwiegend in Mietobjekten wohnen. Diese Angebote müssen bezahlbar sein.

Die Böhlersiedlung wird Opfer der Spekulation. Die Sozialstruktur leidet darunter. Die Stadt muss hier gegensteuern.

3. BILDUNG VON ANFANG AN

Das Bildungsangebot bietet den Schlüssel für die Zukunft. Jeder Verzicht auf Förderung und umfassende individuelle Bildung erhöht die Kosten in der Zukunft. In keinem westlichen Land scheitern so viele Kinder bedingt durch soziale Herkunft. Wir sind für individuelle Förderung und gegen das System des Aussortierens.

Qualität in der Kindertagesbetreuung

Wir wollen eine Personalausstattung in allen Kindertagesstätten, die sich an den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Elementarpädagogik, und nicht an den schlechten landesweiten Mindeststandards orientiert.

Neben dem weiteren Ausbau des Betreuungsangebots gerade für Kinder unter 3 Jahren streben wir deswegen mit den Kirchen und den Freien Trägern einen „Qualitätspakt Kinder und Familie“ an. Besonders ist hier auch die Meinung der Eltern zu Betreuungsbedarf und der qualitativen Weiterentwicklung gefragt. Stadt, Kindergartenträger und Eltern müs-

sen im Sinne einer Erziehungspartnerschaft zum Wohle der Kinder zusammenwirken und ein kinder- und familienfreundliches Meerbusch gemeinsam entwickeln. Dazu gehört auch eine gesunde Ernährung in allen Ganztageseinrichtungen und Schulen.

Offene Ganztagsgrundschule

Das Angebot ist noch nicht ausreichend. Viele Kinder werden noch abgewiesen. Deshalb befürworten wir den weiteren Ausbau der Offenen Ganztagsgrundschule (OGATA). Wir sehen noch Handlungsbedarf bei der Vernetzung mit Sport, Musik, Kultur, Handwerk.

Eine Schule für Alle

Das dreigliedrige Schulsystem ergänzt durch Förderschulen hat sich für eine optimale individuelle Förderung von Kindern als ungeeignet erwiesen. Deshalb wollen wir entsprechend dem Landesprogramm der GRÜNEN „Eine Schule für Alle“, ein integratives Schulsystem, in dem alle Kinder entsprechend ihren Begabungen gefördert werden. Viele Eltern in Meerbusch wollen dies auch, aber an unserer Gesamtschule kann nur die Hälfte der angemeldeten Kinder aufgenommen werden. Wir befürworten deshalb die Errichtung einer weiteren Gesamtschule in Meerbusch und die Weiterentwicklung individueller Förderkonzepte.

Alle weiterführenden Schulen müssen zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Der Eltern- und Schülerswille muss Eingang in die Schulpolitik finden.

Individuelle Förderung

Wir wollen, dass alle Kinder umfassende individuelle Förderung in der Regelschule erhalten – auch Kinder mit Behinderung. Ziel ist der Unterricht in „Einer Schule für Alle“.

Optimierung der Schulgebäude

Schulgebäude dürfen nicht verkommen. Notwendige Sanierungen müssen unmittelbar umgesetzt werden. Die Schulen sind in einem Zustand zu erhalten, der effektives Lernen ermöglicht. Die Schülerinnen und Schüler brauchen ein positives Bildungsumfeld, in dem sich auch Wohn- und Lebenswerte entwickeln können.

4. KULTURRAUM MEERBUSCH

Dialog der Kulturen

Kultur ist Lebenselixier. Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich ausdrücklich für eine erweiterte Förderung von Kunst und Kultur in unserer Stadt ein, in dem Bewusstsein, dass auch künftig privates bürgerschaftliches Engagement dabei seinen Platz hat. Aufgabe der Kulturpolitik ist es, zur kulturellen Vielfalt beizutragen. Nicht „kulturelle Einförmigkeit“, sondern Verständnis für andere Kulturen soll gefördert werden. Kommunale Kulturpolitik muss dafür öffentlichen Raum bereitstellen, damit es verstärkt zu Begegnungen und zum Dialog zwischen Menschen verschiedener Kulturen kommt. Wir GRÜNE stehen auch weiterhin zu den bewährten Kultureinrichtungen in unserer Stadt wie Forum Wasserturm, Volkshochschule, Bibliothek und Städtische Musikschule. Dabei unterstützen wir ausdrücklich alle Initiativen gerade auch dieser städtischen Einrichtungen, die insbesondere Kindern, Jugendlichen, SeniorInnen und MigrantInnen den barrierefreien Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen und erleichtern.

Haus Meer

Haus Meer muss endlich zum kulturellen Identifikationspunkt in unserer Stadt werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN erwarten hier ein deutliches Bekenntnis der Stadt Meerbusch, sich dieser kulturellen Verantwortung für Meerbusch zu stellen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützen die jeweiligen Initiativen, die sich um eine Entwicklung für Haus Meer bemühen. Wir sind im Beirat des Fördervereins Haus Meer ebenso vertreten wie in der Aktionsgemeinschaft „Rettet Haus Meer“ und in der gemeinnützigen Gesellschaft Haus Meer. Wir erwarten eine konsequente Unterstützung dieser Initiativen durch die Stadt Meerbusch. Die Zeit des Zurücklehns und Aussitzens muss vorbei sein. Der Rhein-Kreis Neuss, die Bezirksregierung Düsseldorf und das Land NRW haben in verschiedenen Gesprächen zu Haus Meer immer wieder betont, dass ihnen auch aus (boden-)denkmalschützerischen Gründen sehr viel an Haus Meer und dem Weyhe-Park liegt. Nun ist endlich der Rat unserer Stadt am Zug.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN befürworten weiterhin, dass eine Entwicklung des Areals Haus Meer in enger Abstimmung mit den Initiativen Haus Meer und den Naturschutzverbänden erfolgt. Dabei sind

ökologische und denkmalpflegerische Grundsätze zwingend zu beachten.

Jugendkultur

- Im Rahmen eines anzustrebenden Projekts „Kunst an die Schule“ sollen Künstlergruppen Kunstprojekte an den Schulen entwickeln und umsetzen. Dabei soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, die Schulgebäude gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen zu gestalten, um hiermit eine höhere Identifikation mit der eigenen Schule zu erreichen.
- Jugendlichen soll zeitweise und regelmäßig in größeren Stadtteilen eine Plakatwand oder dauerhaft eine legale Graffitifläche zur eigenen Gestaltung zur Verfügung gestellt werden. Die Organisation könnte einer Jugendvertretung, dem Stadtjugendring oder ähnlichem obliegen.
- Wir GRÜNE wissen: Es ist ein Fehler, den Kulturbegriff zu begrenzen und damit Kultur für und mit Jugendlichen auszugrenzen. Projekte wie z.B. „Rock am Turm“ und Jugendkultur im öffentlichen Raum müssen deutlich stärkere Beachtung und Förderung erfahren. Die Bereitschaft hier Geld zu investieren, Konzerte zu fördern, Proberäume und Aufenthaltsbereiche anzubieten, muss deutlich verbessert werden. Für Kinder und Jugendliche sind altersgemäße kulturelle Freizeitangebote einzurichten.
- Wir befürworten nach wie vor die Einrichtung von Jugendkultur-Cafés.
- Wir fordern die Unterstützung von selbstverwalteten Jugendeinrichtungen.

5. OFFENSIVE: KINDER UND JUGEND

Kinder, Jugend und Sport

- Sport ist ein elementarer Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit. Die Vereine sind weiterhin in ihrem ehrenamtlichen Engagement zu unterstützen und zu fördern.
- Es sollen jedoch auch Sportmöglichkeiten im Stadtgebiet geschaffen werden, die sportliche Aktivitäten ohne Vereinsbindung eröffnen, wie z.B. Basketballkörbe auf freien Flächen, Bolzplätze. Es müssen

wohnnortnahe Freiräume bestehen bleiben oder neu geschaffen werden, um den Reiz für sportliche und spielerische Aktivitäten im unmittelbaren Umfeld zu erhöhen.

- Es macht keinen Sinn, Kinder und Jugendliche ständig in Randbereiche zu verdrängen und damit auszugrenzen. Wir wollen ein aktives Nebeneinander der verschiedenen Altersgruppen. Dafür müssen wir jedoch auch entsprechende Freiräume schaffen, die sich nicht auf Kinderspielplätze beschränken.

Kinder, Jugend und politische Mitwirkung

- Kinder- und Jugendpolitik ist als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen zu berücksichtigen.
- Kinder- und Jugendgruppen sind als Partner in der Politik ernst zu nehmen, indem ein Kinder- und Jugendforum eingerichtet wird, das berechtigt ist, Anträge an den Stadtrat zu stellen und dafür auch die notwendige Unterstützung erhält.
- Konzepte für die Jugendarbeit sollen unter Einbeziehung der vorhandenen Einrichtungen, unter Mitwirkung von Jugendgruppen und des Stadtelternerats weiterentwickelt werden.

Kinder, Jugend und Mobilität

Der öffentliche Personennahverkehr und das Radwegenetz sind verstärkt an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen auszurichten. Die Vernetzung der Stadtteile untereinander (z.B. durch Bürgerbus, Nachtexpress, Anschlussgarantie) ist zu optimieren und es ist sicherzustellen, dass Jugendliche auch in den angrenzenden Regionen Angebote wahrnehmen können.

6. DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ

- Die Bevölkerung soll umfassend und rechtzeitig über wesentliche Angelegenheiten auf kommunaler Ebene informiert werden. Große Projekte, wie z.B. das Stadtentwicklungskonzept, städtische Planungsmaßnahmen und Straßensanierungskonzepte bedürfen einer intensiven Einbindung der interessierten Bevölkerung.

Den MeerbuscherInnen soll die Teilhabe an diesen politischen Prozessen durch gestaltete Foren, wie z.B. durch Planungszellen und öffentliche Diskussionsforen ermöglicht werden. Die Ergebnisse müssen ernsthaft in die politische Diskussion einbezogen werden und verbindlicheren Charakter bekommen.

- Es müssen mehr Wahlbüros bei möglichen Bürgerentscheiden zur Verfügung gestellt werden.
- Die Stadt Meerbusch muss sich bzgl. ihrer Angebote einer kritischen Auseinandersetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern stellen. Deshalb wollen wir regelmäßige Bedarfsabfragen in den Bereichen Schule, Kindertageseinrichtungen, Volkshochschule, Musikschule und Verwaltung.
- Allen rechtsextremen und neonazistischen Bestrebungen erteilen Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine Absage. Intoleranz und Menschenverachtung dürfen nicht Bestandteil der Politik sein.